



Ist Politik heilig?

Das könnte zumindest die Schlussfolgerung aus Artikeln und Gastbeiträgen in der Tagespresse der letzten Wochen sein. In verschiedenen Kolumnen und Gastbeiträgen von kantonalen bürgerlichen Politikern war von scheinheiligen Argumenten und unheiligen Allianzen die Rede. U. a. in Bezug auf die Abstimmungskampagne für die Prämienverbilligung, aber auch in Stellungnahmen zu der aktuellen AKW-Debatte. Ist Politik heilig? Der Umkehrschluss wäre, dass die Argumente und die Allianzen der anderen Parteien heilig sind. Sind sie das? Evelyn Borer

Foto: Niklaus Wepler



Evelyn Borer am «Sekitreff» in Oensingen am 10. März 2011

Das Argument der SP, die Prämienverbilligung entlaste den Mittelstand, sei scheinheilig. Diverse Studien renommierter Fachleute – und sie sind nicht Mitglieder der SP – haben klar aufgezeigt, dass genau der Mittelstand am meisten unter den Belastungen leidet und die Entlastungen wirksam wären. Die Lösungen, um das Kostenwachstum im Gesundheitswesen mindestens zu bremsen, lassen auf sich warten und sind auch nicht einfach. Wir alle legen grossen Wert auf unsere Gesundheit und wollen die verschiedensten Angebote auch nicht missen. Das kostet viel Geld. Die CVP-Präsidentin deklarierte das

Argument aber als scheinheilig. Das ist unkorrekt, zu einfach und, sagen wir es mal so, sehr bequem. Denn es verlangt keine schlüssige Erklärung, keinen besseren Vorschlag und ist schlicht und einfach ein Schlagwort. Und weiter führte sie aus, die «unheilige Allianz der Polparteien» hätte eine Vorlage in Bundesbern verhindert, die effektiv zur Kostendämmung im Gesundheitswesen beigetragen hätte. Da versteckt sich jemand scheinheilig wieder hinter einem Schlagwort. Denn meines Wissens sitzen die Lobbyisten der Krankenversicherungen und der Pharmaindustrie, die gewissenhaft und wirksam die Pfründe ihrer Arbeit- und Geldgeber schützen, in den Reihen der Mitteparteien. Oder wurde u.a. die Vorlage über Generikaprodukte nicht genau von diesen Lobbyisten gebodigt?

War nun aber die Zusammenarbeit der Parteien, die den Ergänzungsleistungen für Familien zum Erfolg verhalf, auch unheilig? Wohl kaum.

«Mitglied dieser Partei zu sein, darauf bin ich stolz.»

ciert und so lange diskutiert worden, bis nicht mehr viel davon übrig blieb. Auch wenn sich die besagte Partei für «ehrliche Lösungen für die grossen Herausforderungen» einsetzt. Die SP hat diese Initiative unterstützt, trotz dem wenigen Fleisch am Knochen. Aber wenn die Partei, die die Initiative lanciert, nicht mal die eigene Basis überzeugen kann, wo sind denn da die Taten?

Es ist ein Leichtes, über die Programme von anderen Parteien Häme auszuschütten. Ohne weiteres kann über die verwendeten Begrifflichkeiten diskutiert und vielleicht können diese durch modernere Ausdrücke ersetzt werden. Zentral und wichtig aber sind und bleiben die dahinter stehenden Werte. Solidarität, Gemeinschaft und Chancengleichheit sind und bleiben wichtig. Diese Werte zu schützen und

im Alltag und der alltäglich gelebten Politik anzustreben, sind die Ziele der Sozialdemokratischen Partei.

Sie werden nicht bei jeder Gelegenheit verwässert oder in Kolumnen zur AKW-Debatte von bürgerlichen Parlamentariern so lange rumgedreht bis am Schluss jede Möglichkeit und vor allem die eigene Haltung so offen bleibt, dass jedes Ergebnis dann als eigene Lösung interpretiert werden kann.

Die Sozialdemokratische Partei und ihre Mitglieder stehen zu den Werten Solidarität, Gemeinschaft und Chancengleichheit. Sie setzen sich dafür ein und bringen Lösungsvorschläge auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene. Und sie drehen nicht beim kleinsten Windhauch in eine andere Richtung. Mitglied dieser Partei zu sein, darauf bin ich stolz.

Politik ist nicht heilig. Sie ist das Mittel, das Instrument, um gemeinsam das Zusammenleben zu gestalten, auszuhandeln, zu definieren, zu bestimmen. Das geht nur mit gemeinsamer Arbeit und mit konstruktivem und korrektem Umgang miteinander.

Wir haben es im Oktober bei den eidgenössischen Wahlen in der Hand – wählen wir die Kandidatinnen und Kandidaten der SP. Auf sie können wir bauen.

KERNTECHNISCHE ANLAGEN

Kritische Stimmung im Niederamt

Jahrelang zeichneten einzelne politische Exponenten aus Gemeinden und Politik in den Medien geradezu eine Einheitsmeinung zur Einstellung des Niederamtes zu kerntechnischen Anlagen. Nach der im Auftrag der Gemeindepräsidenten des Niederamtes durchgeführten Umfrage (jede 10. Haushaltung wurde kontaktiert), ist das endgültig nicht mehr haltbar. Es gibt im Niederamt definitiv keine Hurra-Stimmung für ein neues Kernkraftwerk – im Gegenteil: 45 Prozent waren negativ eingestellt – nur 38 Prozent positiv. Urs Huber

Die Stimmung gegenüber einem Endlager für atomare Abfälle ist überaus klar ablehnend, die Resultate sprechen für sich. Die Einschätzung der SP Olten-Gösgen:

1. Für ein parallel betriebenes Gösgen 2 gibt es keine Mehrheit im Niederamt.

Jetzt, heute zu entscheiden, bis ins Jahr 2090 ein AKW-Standort zu sein, ist Zwängerei. Es ist anzunehmen, dass es für einige

Befragte durchaus eine Rolle gespielt haben könnte, dass zwei KKW lange Jahre parallel in Betrieb wären. Eine Diskussion über Gösgen 2 als allfälliges Nachfolgewerk für Gösgen 1 müsste aber nicht 2011 stattfinden, sondern in 15 bis 20 Jahren, wenn überhaupt.

2. Wohl definitiv die Stimmung gegenüber neuen Kernanlagen verändert haben die konkreten Pläne für ein Endlager für atomare Abfälle für das Gebiet Jurasüdfuss. Mit dem bestehenden Werk Gösgen 1, den forcierten Plänen

Niemand will den Atommüll übernehmen. Der Atommüll droht obdachlos zu werden.

für Gösgen 2 und dann noch dem Thema Endlager – das war vielen definitiv zu viel. Jetzt längt's – man ist nicht der Abfallkübel der Nation – diese Stimmung ist seither weit verbreitet. Zudem wäre es nicht sehr glaubwürdig, einerseits ein Endlager vehement abzuleh-

nen, andererseits mit Gösgen 2 bis 2090 neue Abfälle produzieren zu wollen. Dass ein Endlager-Standort weder bei Beschäftigung, Wirtschaft noch Finanzen relevante Vorteile bringen würde, ist mit der Studie nun auch schwarz auf weiss für alle sichtbar.

Nicht nur die Umfrage bestätigt die kritische Haltung. Auch das vom Baudepartement als PR-Aktion im Standortwettbewerb forcierte Richtplan-Verfahren entwickelte sich zum Eigentor. Zuerst überraschten 850 Einwendungen, trotz ungünstigem Auflage-Zeitpunkt. Dann wurden die dabei deponierten Anliegen der Gemeinden in keinsten Art und Weise berücksichtigt. Das hat nun dazu geführt, dass eine Mehrheit der Gemeinden das Verfahren als Beschwerde weitergezogen hat. Dabei werden je nach Gemeinde unterschiedlichste Punkte vorgebracht. Das Verfahren wird rechtlich grundsätzlich angezweifelt – man will kein neues AKW, man will keinen Parallelbetrieb Gösgen 1 und 2 –, Themen wie zum Beispiel Stromleitungen und Verkehr sind nicht geklärt. Dass ein Richtplanverfahren durchgepeitscht wurde, obwohl man wusste, dass

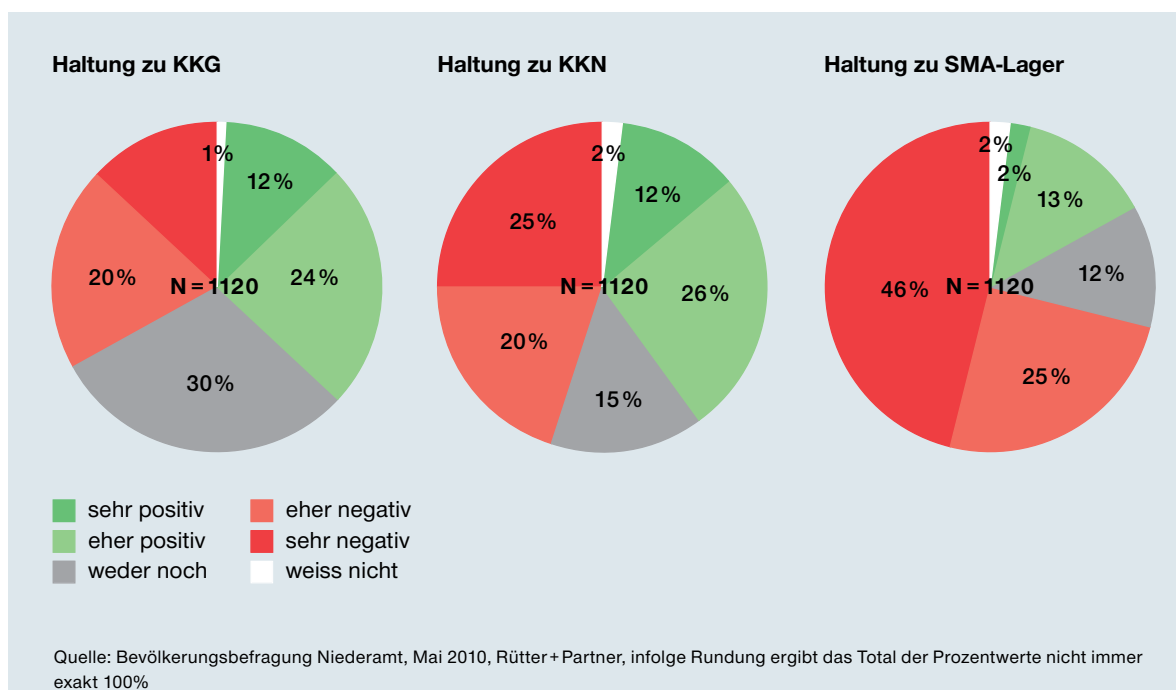
die Arbeiten an der sozioökonomischen Studie noch im Gang sein würden, ist für viele Gemeinden inakzeptabel.

Atommüll ist obdachlos!

Als Präsident des Vereins Niederamt ohne Endlager (NoE) muss man vor allem konstatieren, dass die vorgesehenen Verfahren von Bund und Nagra schwer durchschaubar und oft als Pseudo-Übungen erscheinen. Was die nun vorgesehenen sogenannten Regionalkonferenzen (mit 50 bis 150 Teilnehmenden?) real zu sagen haben, weiss niemand. Das Niederamt braucht keine verordneten Wohlgefühlgrüpli im Sinne von «schön as mer dröber gred händ». Nach der erfolgten Eingabe aller Kantone kann man feststellen: Niemand will den Atommüll übernehmen. Der Atommüll droht obdachlos zu werden. Nur schon dieser Umstand macht die Nagra-Aussage zum Witz: Die Entsorgung ist eben nicht gelöst!

Faire Verfahren, Behörden im Dienst der Bevölkerung

Für die SP in der Region Niederamt ist es zwingend, dass die Behörden in der Region und im Kanton die Resultate dieser Umfrage ernst nehmen. Es kann nicht sein, dass man zuerst mehrere 100000 Franken in eine Studie investiert, und dann so tut, als ob die Meinung der Bevölkerung irrelevant wäre. Es geht nun nicht darum, die Niederämter Bevölkerung in PR-Art zu «informieren», sondern sie ernst zu nehmen. Wenn eine Mehrheit Gösgen 2 ablehnt, was bedeutet das für das Vorgehen der politisch Verantwortlichen? Diese Frage müsste jetzt gestellt werden – und sonst keine!



Urs Huber
lebt in Obergösgen,
ist Kantonsrat und
Präsident von NoE

BERUFSLEBEN

Richter: ein juristischer Allgemeinpraktiker

Mit der Erarbeitung der Stellungnahme zur Umsetzung des Kinds- und Erwachsenenschutzrechtes für die SP Kanton Solothurn innerhalb des Fachausschusses «Justiz» kam die Anfrage, einen Beitrag über einen SP-Richter zu verfassen. Da meine geschätzten drei (Partei-)Kollegen vom Obergericht, Thomas Flückiger, Daniel Kiefer und Beat Stöckli, darauf verzichteten, bleibt es an mir, (m)ein Richterleben vorzustellen. Ueli Kölliker

Vom Streit über den Gartenzaun bis zum Totschlag

In der ersten Instanz tätig, bin ich auf Tuchfühlung mit Menschen, welche aus irgendeinem Grund die rechtliche Beurteilung eines Lebensproblems beanspruchen. Mögliche Aufhänger mich beruflich zu treffen sind Ehestreitigkeiten, Auseinandersetzungen mit den Nachbarn, dem Arbeitgeber oder dem Vermieter, Differenzen mit einem Vertragspartner im Baubereich oder um ein Konsumgut, Regelverstoss im Strassenverkehr, Unfall mit schwereren Verletzungen... Dazu braucht es nur noch einen Anknüpfungspunkt zur Amtei Bucheggberg-Wasseramt, für welche ich vom Volk zum Amtsgerichtspräsidenten gewählt wurde, und schon haben wir miteinander zu tun. Die Zuständigkeit ist also umfassend, sowohl im Zivilbereich, von Rechtsöffnungen bis zu Forderungen unbegrenzter Höhe und im Strafbereich von Übertretungen bis zu Kapitalverbrechen (Mord und Totschlag). Die grösseren Fälle werden vom Amtsgericht beurteilt, d.h. von zwei LaienrichterInnen und mir als

Vorsitzenden. Somit bin ich rechtlich universal tätig, sozusagen ein juristischer Allgemeinpraktiker, was äusserst abwechslungsreich und interessant ist.

Im Auftrag des Gesetzes gerechte Lösungen finden

Wichtig für den Richterberuf sind gute Rechts- und Menschenkenntnisse, rasche Auffassungsgabe, ein offenes Ohr, Geduld, Unvoreingenommenheit, Gerechtigkeitssinn und Mut zur Entscheidung. In unserer Rechtsordnung mit der modernen Verfassung und all ihren Gesetzen, wovon weniger mehr wäre, lässt sich fast ausnahmslos eine gerechte Lösung finden. Der gute Entscheid entsteht, indem der Sachverhalt klar erfasst, die Subsumption (Unterordnung des Sachverhaltes unter die Voraussetzungen der Norm) richtig vorgenommen und die unterschiedlichen Interessen ausreichend gegeneinander abgewogen werden. Jedes Urteil ist nur so viel

wert wie dessen Begründung. Diese soll bei der Urteilsfällung zumindest in den Grundzügen feststehen, auch wenn sie erst nachträglich durch die Gerichtsschreiberin verfasst wird. Einen Entscheid verständlich machen ist wirklich hohe Kunst. Das Schönste beim Richten besteht im Schlichten, d.h. Herbeiführen eines Vergleichs, welcher dann stimmig ist, wenn allseitig mittlere Unzufriedenheit herrscht. Bei einer gütlichen Lösung gibt es nämlich keine Siegerin und keinen Verlierer. Dem stimmigen Vergleich ist eigen, dass darin die unterschiedlichen Positionen bestmöglich aufgehen und so alle gewinnen, indem sie einen Streit versöhnlich und deshalb nachhaltig beilegen. Natürlich geht es vor Gericht stets nur um Einzelfälle, welche im Verhältnis zu hehren Zielen

«Das Schönste beim Richten besteht im Schlichten.»

wie sozialer Gerechtigkeit als klein und nichtig erscheinen. Aber diese Alltäglichkeiten sind für die Leute, die um eine richterliche Beurteilung ersuchen, das Wichtigste, was es gibt. So gesehen helfen wir bei der Bewältigung der grössten Probleme und sorgen damit immer auch ein bisschen dafür, dass unsere komplizierte Rechtsordnung im Einzelfall richtig funktioniert. Mein stehender Ausdruck dazu lautet: «D'Wäut isch nid grächt, aber mir schaffe dra!» Mit der Pflicht einen dunklen Anzug anzuziehen, habe ich mich nach all den Jahren (über 20 sind es nun schon) abgefunden. Die schickliche Kleidung trage ich nicht für mich, sondern für die Leute, die vor Gericht kommen, und wegen der Bedeutung des Falles für sie. Dabei geht es nicht um Distanz zu ihnen, sondern um meinen gebührenden Respekt ihrer Person und ihrem Anliegen gegenüber. Ab und zu eine rote Krawatte darf es dann aber schon sein! Zur Unabhängigkeit der Justiz gehört deren Selbstverwaltung. Diese helfe ich in der dreiköpfigen Gerichtsverwaltungskommission als Vertreter der ersten Instanz zu gestalten. Den nötigen Ausgleich finde ich in den Bergen, immer öfter hier im Jura, wo man mich also auch, aber unter ganz anderen Umständen, antreffen kann.

Foto: Niklaus Wiefber



Richteramt Bucheggberg-Wasseramt



Ueli Kölliker lebt in Oberdorf und ist Amtsgerichtspräsident der Amtei Bucheggberg-Wasseramt

National- und Ständeratswahlen 2011

Die Sektionen, Bezirke und Amteien haben ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Nationalratswahlen nominiert, fürs Stöckli

steigt der amtierende Ständerat Roberto Zanetti ins Rennen; er möchte den Stand Solothurn für weitere vier Jahre würdig vertre-

ten. Eine erfreuliche Ausgangssituation für den kantonalen Parteitag vom 7. April in Biberist und die Wahlen am 23. Oktober. Die So-

zialdemokraten werden mit zwei regionalen Listen antreten und gemeinsam mit Nationalrätin Bea Heim den zweiten Sitz anstreben.



(v. l.) Urs Huber (Kantonsrat, Obergösgen), Susanne Schaffner (Kantonsrätin, Olten), Bea Heim (Nationalrätin, Starrkirch-Wil), Peter Schafer (Kantonsrat, Olten)



(v. l.) Yves Fankhauser (JUSO, Solothurn), Franziska Roth (Kantonsrätin, Solothurn), Heli Schaffter (Gemeinderätin Bellach), Boris Banga (Stadtpräsident Grenchen), auf dem Bild fehlt Urs Wirth (Gemeinderat Grenchen)

TERMINE

- | | |
|--|--|
| 26. März
a. o. SPS-Parteitag in Zürich | 5. September
Wahlevent der SP Kanton Solothurn mit Simonetta Sommaruga in Dulliken |
| 7. April
kantonaler Parteitag in Biberist | 15. September
SP-Frauenanlass im Kanton Solothurn |
| 14. April, 19.30 Uhr
Restaurant Sternen in Matzendorf
«Bernerplatte» mit Bea Heim und Roberto Zanetti | 17. September
Rosenfest
der SP Amtei Olten-Gösgen |
| 16. April
Nationaler Sammeltag «Cleantech» | 22. September
Wahlanlass im Bezirk Bucheggberg |
| 1. Mai - Veranstaltungen | |
| 7. Mai
SP Lostorf «Bring- und Holaktion»
mit den Kandidierenden | 24. September
Wahlevent der SP Schweiz |
| 22. Mai
Menschenstrom gegen Atom | 29. September
öffentl. Parteiversammlung der SP Grenchen |
| 25. Juni
DV SP Schweiz in Olten | 23. Oktober «Wahlen» |
| 3. September
Nationaler Sammeltag «Gesundheitskasse» | 24. Oktober
kantonaler Parteitag in Solothurn |
| | Öffentliche Anlässe bitte melden
an: info@sp-so.ch |

SP KANTON SOLOTHURN

Parteitag am 7. April in Biberist, 19.20 Uhr in der «culturarena»

Geschäftsliste:

1. Eröffnung des Parteitages
2. Wahlen Stimmzähler/innen und Wahlbüro
3. Genehmigung der Traktandenliste
4. Genehmigung des Protokolls
5. Rechnung 2010 – Genehmigung
6. Bericht RPK – Genehmigung
7. Wahlen 2011 – Beschluss über Listenverbindungen
8. Wahlen 2011 – Nomination für den Ständerat für den Nationalrat
9. Referat von SPS-Präsident Christian Levrat
10. Varia

Die Mandatsausweise sind rechtzeitig verschickt worden.

Anträge zu traktandierten Geschäften können bis 28. März an das Parteisekretariat eingereicht werden. Antragsberechtigt sind Geschäftsleitung, Fachausschüsse, Kantonsratsfraktion, Amtei- und Bezirksparteien, sowie die Sektionen.

Die SP-Geschäftsleitung freut sich auf viele Delegierte und Gäste.

Das Parteisekretariat